

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 27.04.2021
Antragsnr.: 124/2021
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: III/30
mit Referat: V/50

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 27.4.2021

**In der Satzung Verfügungswohnungen Besuchsregelungen nicht verschärfen
Änderungsantrag zu TOP 14 des Stadtrats 4/2021**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen den Antrag:

Die Änderungen für §6 (Besuche) werden ersatzlos gestrichen

Begründung:

Die Stadt gibt sich mit dieser Satzung die Rechtsgrundlage für sehr weitgehende Eingriffe in Privatleben und Wohnung der Bewohner. Die vorgeschlagene Änderung verschärft dies noch:

a) So kann es BewohnerInnen untersagt werden, Besuch zu empfangen. Bisher musste dies „**zwingend**“ erforderlich sein. Durch das qualifizierende Wort „zwingend“ war klar, dass „schlichte Erforderlichkeit“ nicht ausreicht, **dass also eine besonders hohe Hürde für diesen Grundrechtseingriff von der Satzung gewollt war**. Das soll nicht mehr gelten, jetzt soll das Wort „zwingend“ gestrichen werden.

b) Der neue Satz 3 ist ein Gummiparagraph und erinnert an die „drohende Gefahr“ im bayerischen Polizeiaufgabengesetz:

*Die Stadt kann ein Hausverbot gegen Besucher*innen erlassen, wenn das Hausverbot auf einer Tatsachengrundlage beruht, die die Prognose trägt, dass mit künftigen Störungen gerechnet werden muss, zu deren Verhinderung das Hausverbot notwendig ist. Dies erfordert grundsätzlich, dass die betroffene Person in der vorangegangenen Zeit den Hausfrieden gestört hat und einer zu erwartenden Wiederholung derartiger Störungen mit dem Hausverbot wirksam begegnet werden kann.*

Durch das Wort „grundsätzlich“ ist es für ein Hausverbot nicht zwingend, dass der/die Betroffene sich vorher persönlich falsch verhalten hat.

Eine „Prognose“, dass „mit künftigen Störungen gerechnet werden muss“ ist sozusagen eine Doppelprognose, die Prognose einer Prognose. So wenig Bestimmtheit geht gar nicht bei Grundrechtseingriffen, das entspricht nicht unserem Menschenbild, auch und gerade bei von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen.

Mit freundlichen Grüßen

Fabiana Girstenbrei
(Stadträtin)

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)